

Energie-Control Austria

Dipl.-Ing. Walter Boltz
Mag. (FH) Martin Graf, MBA
Rudolfsplatz 13a
1010 Wien

Wien, am 20.04.2012

Stellungnahme zum Gas-Verordnungsentwurf

Sehr geehrter Herr Dipl.-Ing. Boltz,
sehr geehrter Herr Mag. (FH) Graf, MBA,

mit diesem Schreiben kommentieren wir Ihren Begutachtungsentwurf zur Umsetzung des Gaswirtschaftsgesetzes 2011. Wir fokussieren uns in diesem Schreiben auf die Verrechnung der Regelergiekosten und die finanziellen Risiken des BKO.

Die Festlegung der Ausgleichsenergiepreise hat den Zielkonflikt zu lösen, die Entgelte einerseits ausreichend hoch auszugestalten, damit Bilanzgruppenverantwortliche keinen Anreiz haben, Ausgleichsenergie missbräuchlich zur Beschaffung zu nutzen und andererseits ausreichend niedrig festzusetzen, damit von ihnen keine marktverschließenden und wettbewerbsbehindernden Effekte ausgehen. Der Bilanzgruppenverantwortliche soll also einerseits seinen Gaseinkauf bzw. –verkauf nicht über die Ausgleichsenergie optimieren oder gar organisieren, er soll andererseits aber auch nicht durch ein zu hohes Kostenrisiko bei versehentlichen Differenzen abgeschreckt oder bestraft werden.

Der oben skizzierte Anspruch trifft auf das gegenwärtige österr. Gas-Ausgleichsenergiepreismodell der Stundenbilanzierung und auf das österr. Strom-Ausgleichsenergiepreismodell der ¼ Stundenbilanzierung zu, er trifft aber leider nicht auf das in Ihrem Gas-Verordnungsentwurf skizzierte neue Gas-Ausgleichsenergiepreismodell zu.

Unsere Kritik richtet sich nicht gegen die Bilanzierungsperiode (Tag), sondern gegen die Berechnungsmethodik der Ausgleichsenergiepreise.

Die durch das in der Verordnung festgelegte Verfahren ermittelten Ausgleichsenergiepreise spiegeln nicht die Regelenenergiekosten wider, sondern befinden sich auf dem Preisniveau von Handelsmengen am Virtuellen Handelspunkt. Damit werden Marktteilnehmer motiviert, über die Ausgleichsenergie Teile ihrer Gasbeschaffung abzuwickeln. Auf Grund der Bandeinspeisungen anstatt strukturierter Einspeisungen werden wesentlich mehr Regelenenergiemengen als heute notwendig sein.

Es bestehen keine preislichen Anreize, um Missbräuche, die Gefahren für die Netzstabilität bedeuten, zu vermeiden. Enorme kaum kalkulierbare untertägige Regelenenergieeinsätze müssen befürchtet werden. Ihr vorgeschlagenes Ausgleichsenergiepreismodell gefährdet damit, besonders in Zeiten von Engpässen, die Versorgungssicherheit.

Neben den Risiken der Versorgungssicherheit bestehen auch finanzielle Risiken für den Bilanzgruppenkoordinator:

Die abgerufenen Regelenenergiemengen werden vom Bilanzgruppenkoordinator bezahlt und stellen erwartungsgemäß für den Bilanzgruppenkoordinator Kosten dar, wogegen Verrechnungen für Ausgleichsenergie zu Marktpreisen an die unausgeglichenen Marktteilnehmer Erlöse generieren. Da die Ausgleichsenergiepreise nicht auf Basis der Regelenenergiekosten errechnet werden, ist eine Kostendeckung

des Bilanzgruppenkoordinators nicht gegeben und eine ausgeglichene Bilanzierung, wie seit 10 Jahren im Stundenbilanzierungssystem üblich, nicht mehr möglich.

Es besteht bei Ihren Vorschlägen laut Verordnung das Risiko von finanziellen Unterdeckungen, welche vom Bilanzgruppenkoordinator getragen werden müssen. Wir haben auf dieses Risiko hingewiesen und zur Deckung eine Regelenenergieumlage von 0,5 EUR/MWh, basierend auf der Verbrauchsmenge, gefordert. Sie haben in der Folge einer derartigen Regelenenergieumlage in Höhe von 0,2 EUR/MWh für den Bilanzgruppenkoordinator AGCS zugestimmt. Für die A&B haben Sie bedauerlicherweise eine Regelenenergieumlage von 0 EUR/MWh angesetzt. In Deutschland im Marktgebiet der NCG liegt diese Regelenenergieumlage aktuell bei 0,8 EUR/MWh.

Zur Information hier die Entwicklung der Regelenenergieumlage:

Entwicklung der Regel- und Ausgleichsenergieumlage im Marktgebiet NCG seit 01. April 2011

Im Zeitraum 01.10.2011 bis 01.04.2012 in Höhe von 0,08 €/kWh

Im Zeitraum 01.04.2011 bis 01.10.2011 in Höhe von 0,12 €/kWh

**Entwicklung der Regelenenergieumlage von 01. Oktober 2008 bis 01. April 2011
Marktgebiet "NCG H-Gas"**

Im Zeitraum 01.10.2008 bis 01.04.2009 in Höhe von 0,005 €/kWh

Im Zeitraum 01.04.2009 bis 01.10.2009 in Höhe von 0,012 €/kWh

Im Zeitraum 01.10.2009 bis 01.04.2010 in Höhe von 0,04 €/kWh

Im Zeitraum 01.04.2010 bis 01.10.2010 in Höhe von 0,08 €/kWh

im Zeitraum 01.10.2010 bis 01.04.2011 in Höhe von 0,1 €/kWh

Wie man an der Darstellung der NCG erkennt, sind diese Regelenenergieumlagen von beinahe Null auf ca. 1 EUR/MWh gestiegen, was ca. 5% des Energiepreises entspricht.

Eine solche Regelenenergieumlage, die alle Verbraucher trifft, stellt eine Sozialisierung von Regelenenergiekosten dar. Die Regelenenergiekosten werden zwischen den Verbraucherkategorien und auch über einen Jahreszeitraum „verschmiert“. Ihr Vorschlag der Regelkostenverrechnung ist damit nicht mehr verursachergerecht.

Wir bitten Sie, folgendes in Ihren Verordnungsentwurf zu integrieren:

„Ein ausgeglichenes Ergebnis zwischen den zu erwartenden Aufwendungen und Erlösen aus der Ausgleichsenergie- und Umlageverrechnung ist anzustreben. Allfällige Differenzbeträge, die sich aus der Ausgleichsenergieabrechnung samt Verrechnungsergebnis aus der Umlage innerhalb eines Geschäftsjahres ergeben, sind im Jahresabschluss ergebniswirksam abzugrenzen und im darauf folgenden Geschäftsjahr auszugleichen. Wobei der nicht durch Erlöse gedeckte Teil der Aufwendungen aus der Ausgleichsenergieverrechnung eines Geschäftsjahres (Aufwendungen und Erlöse Ausgleichsenergie samt Umlagen) im Jahresabschluss des Bilanzgruppenkoordinators als Verrechnungsforderung anzusetzen und mit künftigen Überschüssen aus der Ausgleichsenergie- und Umlageabrechnungen zu verrechnen ist. Übersteigen in einem Geschäftsjahr die Erträge aus der Ausgleichsenergieverrechnung eines Geschäftsjahres die damit zusammenhängenden Aufwendungen (Aufwendungen und Erlöse Ausgleichsenergie samt Umlagen), so sind die sich daraus ergebenden Überschüsse als Verrechnungsverbindlichkeiten in die Bilanz des Bilanzgruppenkoordinators einzustellen und mit künftig anfallenden Unterdeckungen aus der Ausgleichsenergie- und Umlageabrechnung gegenzurechnen.“

Als Bilanzgruppenkoordinator sind wir dafür verantwortlich, die Regelennergiekosten zu bezahlen und Ausgleichsenergiemengen der Marktteilnehmer zu ermitteln und diese Ausgleichsenergiemengen zu Ausgleichsenergiepreisen abzurechnen. Es kann nicht Aufgabe des Bilanzgruppenkoordinators sein, Risiken zu tragen, die eigentlich die regelennergieverursachenden Marktteilnehmer tragen müssten, Kosten aus Regelennergie zu tragen, die Marktteilnehmer verursacht haben, bzw. Kosten aus Regelennergie für Marktteilnehmer vorzufinanzieren. Die Festlegung einer

Regelenergieumlage im Jahreszeitraum birgt für den Bilanzgruppenkoordinator unkalkulierbare finanzielle Risiken.

Als Bilanzgruppenkoordinator fordern wir eine Lösung, die sicherstellt, dass sich aus dem Abrechnungsprozess für den Bilanzgruppenkoordinator keine Risiken ergeben.

Wir bitten Sie, in Ihrem Verordnungsentwurf sicherzustellen, dass die Regelenergieumlage so ermittelt wird, dass ein monatlicher Abrechnungsprozess mit einem Clearingergebnis nahe Null möglich ist. Eine jährliche Festlegung der Regelenergieumlage erscheint uns wenig zweckmäßig, da eine präzise Ermittlung der Regelenergieumlage monatlich möglich ist.

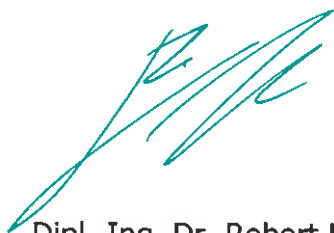
Als Bilanzgruppenkoordinator könnten wir uns eventuell noch eine Variante vorstellen, bei der in den ersten 3 Monaten die Regelenergieumlage derart ermittelt wird, dass sich eine Abrechnung beim Bilanzgruppenkoordinator in diesen ersten 3 Monaten zu Null ergibt. Aus den errechneten Regelenergieumlagen der ersten 3 Monate ließe sich dann eine Umlage für den Folgezeitraum von 6 Monaten festlegen, welche in der Folge im 6-Monats-Rythmus angepasst werden könnte.

Eine Anpassung der Regelenergieumlage sollte sinnvollerweise, in Abhängigkeit von dem von der AGCS verfügbaren und ausgenützten Kreditrahmen, jederzeit möglich sein. Die Einrichtung eines solchen Kreditrahmens (Bereitstellung) im Zig-Millionen-Euro-Bereich und dessen Nutzung (Zinsaufwand) verursachen Kosten, die von den Verbrauchern getragen werden müssen.

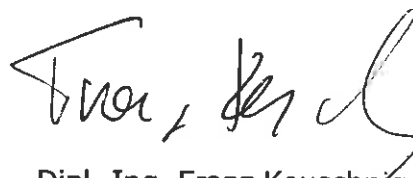
Vielen Dank für die Möglichkeit der Kommentierung Ihres Verordnungsentwurfes. Wir hoffen, dass unser Feedback Ihnen behilflich ist.

Mit freundlichen Grüßen

AGCS Gas Clearing and Settlement AG



Dipl.-Ing. Dr. Robert Hager
Vorsitzender des Vorstandes



Dipl.-Ing. Franz Keuschnig, MBA
Mitglied des Vorstandes